

Die Kraft von Freiheit und Innovation: Ehrenamt und/oder Aktive Bürgergesellschaft?

Bundeskanzlerin Merkel hat 2005 das Bündnis von Union und SPD die „Koalition der neuen Möglichkeiten“ genannt. Darin beschlossen war, das Ehrenamt zu stärken (Regierungserklärung November 2005). In der Tat hat die große Koalition Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement gefördert, die Rahmenbedingungen verbessert und ausreichend Spielraum für das Engagement in den unterschiedlichen Bereichen unserer Gesellschaft gelassen. Der Koalitionsvertrag wurde im Großen und Ganzen abgearbeitet. Durch den Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“ hat die Engagementförderung zudem deutlich an Gewicht gewonnen. Der ordnungspolitische Rahmen wurde durch das Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements verbessert: Reformen im Gemeinnützigkeitsrecht, bei Stiftungen und Spendenabzugsfähigkeit, Verbesserungen im Versicherungsschutz insbesondere im Unfallversicherungsschutz, steuerrechtliche Hilfen durch Erhöhung der Übungsleiterpauschale, der Einführung der kleinen Übungsleiterpauschale für Vorstände, die Haftungsbegrenzung und die Anhebung der Vereinsfreigrenzen – all diese Hilfen für Helfer waren kleine, aber wichtige Schritte auf dem großen Reformweg der „neuen Möglichkeiten“. Hinzu kommen die Neugestaltungen der Freiwilligendienste im sozialen, ökologischen oder kulturellen Bereich oder als Generationen übergreifende Engagementformen.

Die Anstöße der damaligen Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages sind also in der Großen Koalition durchaus auf fruchtbaren Boden gefallen – auch wenn man im Einzelnen natürlich weitere Verbesserungen ins Auge fassen kann und muss. Fortsetzung folgt – gilt dies auch für eine neue Regierung unter Unionsführung, egal in welcher Koalition und Farbenlehre sie schließlich Gestalt gewinnt? Erklärter Wille von CDU/CSU ist, den Reformweg der letzten Jahre weitergehen zu wollen.

Seit jeher hat die Union das Thema des ehrenamtlichen Engagements in besonderer Weise gefördert. Das personale Menschenbild, das freiheitliche Wertefunda-

ment und die Prinzipien von Subsidiarität und Nachhaltigkeit haben dafür in den unterschiedlichen Phasen der sechzigjährigen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland eine gute Grundlage gebildet. Wie sieht dies im neuen Regierungsprogramm 2009 – 2013 von CDU und CSU aus, betitelt mit „Wir haben die Kraft – Gemeinsam für unser Land“?

Eingefordert wird „notwendiges Verantwortungsbewusstsein für unser Land“. Will man gestärkt aus der aktuellen Krise hervorgehen, muss man „in Deutschlands Stärken investieren“. Dazu gehören zehn Schwerpunkte, die in sechs Zukunftsprojekten konkrete Gestalt annehmen sollen. Neben Umwelttechnologien, Modellregion Elektroauto, neuen Werkstoffen, mehr Wertschätzung für Dienste am Menschen und bessere Gesundheitsforschung wird als Zukunftsprojekt Förderung und Ausbau des Ehrenamtes genannt. Damit verankert die Union das freiwillige Engagement an prominenter Stelle und dokumentiert so weiterhin dessen hohen Stellenwert. Dabei will sie über „eine neue gesellschaftliche Initiative diejenigen, die helfen, und diejenigen, die Hilfe brauchen, zusammenführen“ – was das Werben um mehr Freiwillige impliziert. Dazu gehören „zukunftsweisende Anreize“, zum Beispiel die Einrichtung von „Ehrenamtsbörsen“, die Förderung von „Freiwilligenagenturen“, die Weiterentwicklung der „Ehrenamts-card“ und die „Anerkennung von Freiwilligenjahren in den Berufsbiografien – sowie traditionell der Abbau von Bürokratie und die Stärkung der öffentlichen Würdigungen (Ehrenamtskultur). Wie sich das im Einzelnen konkretisieren und umsetzen lässt – gerade im Sinne des vielfach geforderten Aufbaus einer gesellschaftlichen Struktur des freiwilligen Engagements, müsste der nächste Koalitionsvertrag zeigen. Auf jeden Fall ist positiv heraus zu heben, dass das Ehrenamt gefördert, mit dem „Zukunftsprojekt Ehrenamt“ auch (zumindest exemplarisch) herausgehoben Unterstützung zugesagt und mit einer neuen Engagementinitiative Helfende und Hilfesuchende zusammengebracht werden soll(en).

Im ausführlichen Teil des „Regierungsprogramm“ der Union ist der „Ermutigung zur aktiven Bürgergesellschaft“ ein eigenes Kapitel gewidmet. Ehrenamtliches Engagement und bürgerschaftlicher Einsatz wird hier zu Recht als Bereicherung unserer Gesellschaft verstanden. Besondere Hoffnung weckt der Satz: „Wir wollen eine neue Partnerschaft von Bürgern und staatlichen Institutionen nach dem Konzept der `aktiven Bürgergesellschaft´. Wir wollen eine neue Balance zwischen Eigen- und Gemeinwohl herbeiführen“. Hier wird der Ansatzpunkt deutlich, um den es jetzt und künftig eigentlich gehen müsste: die Erweiterung des Ehrenamtes zum bürgerschaftlichen, freiwilligen Engagement sowie die Ausweitung auf eine gesamtgesellschaftliche Struktur und Haltung, die ein neues, zeitadäquates Arrangement von Staat, Markt und Bürgergesellschaft ermöglicht. In diesem Sinn werden alte und neue Engagementformen zu einer neuen Art von Gesellschaftspolitik zusammengeführt. Lei-

der wird dieser Ansatz nur beschworen, jedoch nicht weiter ausgeführt. Stattdessen werden im Folgenden – nach Würdigung der christlichen Kirchen und christlicher Motivlagen im Bereich der diakonischen und karitativen Dienste im Bereich Bildung, Gesundheitswesen Pflege etc – vor allem die traditionellen ehrenamtlichen Kräfte benannt: der Einsatz bei Feuerwehr, Rettungsdiensten, Hilfsorganisationen, Technischem Hilfswerk. Dazu wird der Einsatz in Verbänden und Vereinen, in der Kultur, bei Freiwilligendiensten und dann besonders des Sports (vom Spitzensport über Breitensport bis hin zum Behindertensport) in besonderem Maße gewürdigt. Das wirkt so wie die berühmte Echternacher Springprozession – drei Schritte zuvor, zwei zurück. Statt darauf einzugehen, wie der lang diskutierte Wandel im Ehrenamt bewältigt und die Erschließung des sozialen Kapitals – also des sozialen Reichtums der Gesellschaft – vorangebracht werden kann, wird vor allem auf traditionelle Ehrenamtsformen verwiesen. So wird nicht die Konzeption einer zeitgemäßen aktiven Bürgergesellschaft mit ihren engagementfördernden Strukturen „ermutigt“, sondern eher traditionelles Engagement mit traditioneller Motivation. Das ist angesichts bestehender wie künftiger Aufgaben zu wenig. Dafür müssten bürgerschaftliche Potentiale durch explizite Förderung erschlossen werden. Sie brach liegen zu lassen und dadurch zu verschleudern wäre wie in dem biblischen Gleichnis, wo der Sohn sein vom Vater geerbtes Geld (Talente) vergräbt und so nicht fruchtbar macht, während die anderen Söhne die Talente aktiv vermehren.

Die Entwicklung einer engagementfördernden aktiven Bürgergesellschaft bedeutet dabei keine Abwertung des traditionellen Ehrenamts. Denn natürlich – und das muss der Union zugute gehalten werden – braucht die Gesellschaft die Leistung der ehrenamtlich Engagierten, sei es im Bereich sozialer Dienste, sei es im Bereich der präventiven Gefahrenabwehr und Hilfe, sei es im Sportverein. Dieser Einsatz ist durchaus vorbildlich, erfahrungsbildend und trägt zur Identitätsstiftung bei. Aber das reicht nicht aus, zumal angesichts der Erosion der traditionellen großen sozialmoralischen Milieus, des Wertewandels, einer zunehmenden Individualisierung und weitergehender Selbstbestimmung auch im Bereich der Eigen- und Mitverantwortung. Heute gilt es, nicht nur neue Motivationen, neue Engagementformen und neue Arten zivilgesellschaftlicher Organisation zu erschließen und mit einzubeziehen. Ebenso wichtig ist die Frage nach der Vision einer aktiven Bürgergesellschaft, die neue Wege in vielen neuen Kombinationen von freiwilliger Tätigkeit jeden Alters und jeden Berufs eröffnet. Grundfrage ist: Wie müssen die neuen sozialen Arrangements aussehen, die die Freiheiten und Fähigkeiten der Menschen nicht lahm legen, sondern aktivieren? Wo sind hier die Denker und Vordenker der Union?

Der Bundespräsident hat Deutschland das „Land der Ideen“ genannt. In der Tat: Es gilt, statt des Weiter so traditioneller Ehrenamtspolitik in diesem Bereich jetzt mehr

Ideen zu wagen und auszuprobieren. Man kann neue Entwicklungen einleiten, ohne Bewährtes aufzugeben. Das hat die Familienpolitik der letzten Jahre exemplarisch gezeigt. Angesichts der vielfältigen nationalen, europäischen und globalen Zukunftsprobleme gilt es, ein umfassendes bürgerschaftliches Engagement zu fördern, es miteinander zu vernetzen und die Engagementressourcen unserer Gesellschaft wie ein Schatz zu Tage zu fördern. Dieser umfassendere Ansatz wirkt den Fliehkräften unserer Gesellschaft entgegen und trägt über die verschiedenen Formen freiwilligen Einsatzes in den unterschiedlichen Sektoren zum gesellschaftlichen Zusammenhalt ebenso bei wie zur Freisetzung von mehr Kreativität bei der Lösung unserer Probleme. Große Herausforderungen, das zeigt die Erfahrung, werden besser gemeistert, wenn die Menschen teilhaben und eigene Initiative entfalten können.

Auch im bürgerschaftlichen Engagement gibt es ein Fordern und Fördern. Bürger wollen zum Einsatz aufgefordert werden, aber sie brauchen dazu auch fördernde Rahmenbedingungen. Der Staat soll das Engagement weder ersticken noch ersetzen, er soll soviel freiwilliges Engagement wie möglich fördern (auch wenn es politisch manchmal unbequem ist), und er soll die Spielregeln garantieren. In dieser Perspektive kann man enorm von den Bundesländern und ihren die Bürgeraktivitäten vielfältig fördernden Programmen lernen - Föderalismus einmal positiv. Das gilt auch für den Bereich der gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen im Sinne des freiwilligen Engagements (Corporate Citizenship CC und Corporate Social Responsibility CSR). Zu diesem zukunftsweisenden Ansätzen findet man leider gar nichts im „Regierungsprogramm“.

Eine Hauptaufgabe für die Union, zart angedeutet im „Regierungsprogramm“, liegt in der Erarbeitung einer Gesamtstrategie des bürgerschaftlichen Engagements. Mit der geplanten Zwischenbericht zur CSR-Strategie einerseits und dem nationalen Zwischenbericht zum bürgerschaftlichen Engagement andererseits liegen interessante Ansätze vor. Not tut die Wiederentdeckung der Gesellschaftspolitik – allerdings unter den Bedingungen der Zweiten Moderne. Diese verbindet bürgerschaftliche Orientierung und Engagement im sozialen Mikrokosmos mit politischen Gesellschaftsstrategien, die auf mehr Engagement und Teilhabe, auf Selbstbestimmung und solidarisches Miteinander zielen. Interessanterweise findet sich dazu doch eine Aussage – versteckt bei den Passagen über Ältere. Da geht es um generationenübergreifendes Engagement, Aktivierung der Älteren, Schaffung ehrenamtlicher Netzwerke zur Familienunterstützung, den Aufbau von Freiwilligenagenturen und Freiwilligendiensten aller Generationen, Vernetzungen lokaler mit überregionalen Strukturen, kurz: um neue Engagementpolitik als Gesellschaftspolitik. Im BMFSFJ wird anscheinend mit vorgedacht, praktisch erprobt und gefördert, was später verallgemeinert Geist und

Struktur einer umfassenden aktiven Bürgergesellschaft sein könnte. Die „neuen Möglichkeiten“ für das Land, für die Gestaltungskraft der Union – hier sind sie.

Fazit: Das Regierungsprogramm der Union bietet traditionelle Ehrenamtspolitik, aber auch weiterführende gute Ansätze – zu wenig ausgeführt, aber mit viel Potential zur Weiterentwicklung in Hinblick auf eine aktive Bürgergesellschaft. Frau von der Leyen, übernehmen Sie!

Bernward Baule ist Leiter des Referats „Politische Grundsatzfragen“ im Landwirtschafts- und Verbraucherschutzministerium.

Kontakt: Bernward.Baule@bmelv.bund.de